

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Scheideamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Scheideamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlagspreis 12. Vierteljahr 30. — Einzelhefte 4. — Adressänderungen sind zu melden. — Adressänderungen sind zu melden. — Adressänderungen sind zu melden.

Prag setzt die Kriegsvorbereitungen fort

Keine Rückführung der Armee auf ihren Friedensstand

Warschau, 13. Juni.

Das polnische Militärblatt „Polka Zbrojna“ macht in einer Prager Meldung auf die militärische Vorbereitung der Tschecho-Slowakei aufmerksam. Allen anderen Versicherungen zum Trotz sei die tschecho-slowakische Armee tatsächlich auf ihren normalen Friedensstand nicht zurückgeführt worden. Dafür werde in beschleunigtem Tempo das Geseh über die dreijährige Dienstzeit vorbereitet.

In den letzten Tagen seien weitere drei neue Ausführlingsbestimmungen zum Geseh über die militärische Vorbereitung erschienen, wonach alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechtes vom 6. bis zum 60. Lebensjahr der Pflicht militärischer Vorbereitung und Schulung unterworfen werden.

Stimmenlang mit Warengutscheinen

In zahlreichen Meldungen der Polnischen Telegraphen-Agentur wird auf den Wahlmishbrauch hingewiesen, der von seiten amtlicher und halbamtlicher tschechischer Stellen verübt worden ist. In Komuna Dola hätten tschechische Lehrer und Pädagogen an die Wähler Gutscheine für Waren in der tschechischen Genossenschaft in Jablontka verteilt, wenn sie ihre Stimmen für die tschechische Liste abgaben. Selbst die Gewerkschaften hätten eine offene Wahlpropaganda für die tschechische Liste getrieben, wobei die Gewerkschaften der Kreisbehörde aus tschechisch-tschechen aufweisen, in denen denjenigen Geldstrafen angedroht waren, die für die polnische Liste stimmten.

In der Gemeinde Sucha Gorna wiesen die tschechischen Lehrer die polnischen Kinder an, darauf zu achten, daß ihre Eltern auch für die tschechische Liste stimmten. Das Postamt in Rawicz habe in schlechtem Polnisch gefälschte Flug-

blätter von sich aus in der gesamten Gemeinde durch die Briefträger verteilen lassen. Der Polenbund habe sich daraufhin mit einer Beschwerde an das Post- und Telegraphenministerium gewandt, in der gegen den Mißbrauch der staats-

Beginn des Neubaus Berlins im Rundfunk

Berlin, 13. Juni.

Der Deutsche Rundfunk überträgt mit allen seinen Sendern am Dienstag, dem 14. Juni, um 11.00 bis 14 Uhr die Feierlichkeiten und Grundsteinlegungen zum Beginn des Neubaus der Reichshauptstadt.

lichen Behörde durch den Postvorsteher für Parteizwecke protestiert und die sofortige Entfernung des verantwortlichen Beamten gefordert wird.

In der Nähe von Wagnitz-Dömitz überfielen bewaffnete Tschechen zwei Mitarbeiter des Polenbundes und schlugen sie mit Gummiknüppeln nieder, bis sie bewußlos zusammenbrachen.

Das Echo im Ausland

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Juni.

Die englische und französische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Ergebnis des gestrigen Wahlsonntags in der Tschecho-Slowakei. Nur sehr wenige Vorklätter verurteilen, sich an der Feststellung herumaudrücken, daß auch dieser Sonntag wieder einen glänzenden Erfolg für die Sudetendeutschen gebracht hat. Wenn es für manche Pariser Zeitungen dabei geradezu eine Sensation bedeutet, daß die Kommunisten im sudetendeutschen Gebiet fast völlig verschwunden sind, so zeigt das nur, wie falsch diese Schriftleitungen bisher die Lage im sudetendeutschen Gebiet eingeschätzt haben. Vielfach kommt auch in ausländischen Blättern die Erwartung zum Ausdruck, daß nun die Verhandlungen zwischen den Sudetendeutschen und der Prager Regierung zu einem Erfolge führen werden. Denn der „Daily Express“ dazu schreibt, daß man in London hinsichtlich dieser kommenden Volksgruppenbesprechungen optimistisch sei, so vermögen wir vorerst noch nicht zu überschauen, worauf sich dieser Optimismus gründet. Die letzten Terrorakte der Tschechen sind jedenfalls nicht geeignet, eine solche optimistische Auffassung zu begründen. Es wird aber in London und Paris immer wieder verkehrt, daß die Westmächte erneut auf Prag einwirken würden; damit nicht durch Fortdauer der Zwischenspiele im sudetendeutschen Gebiet die Verhandlungen gestört oder gar unmöglich gemacht werden. Es heißt auch, daß London und Paris nochmals in Prag auf eine möglichst rasche Lösung der Nationalitätenfrage gedrängt haben. Inwiefern sich diese Schritte der Westmächte auswirken werden, bleibt zunächst abzuwarten, da keinerlei Anzeichen dafür vorliegen, daß die Tschechen im Prager Kabinett ihre Sache verlorengeben.

Der Pariser tschechische Gesandte, der einige Tage in Prag weilte, ist inzwischen wieder auf seinen Posten zurückgekehrt. Er soll aber nach einiger Zeit wieder nach Prag kommen, um einen möglichst engen Kontakt zwischen der Prager und der Pariser Regierung aufrechtzuerhalten.

Starker Eindruck der Heß-Rede

Die Stuttgarter Rede des Stellvertreters des Führers hat in London starken Eindruck hinterlassen. Seine Rede wird von einem großen Teil der Londoner Blätter ausführlich verzeichnet. Die Blätter enthalten ihren Vorklärern jeder eigenen Stellungnahme, haben aber in ihren Überschriften und Einleitungen das hervor, was ihnen an den Ausführungen von Rudolf Heß am wichtigsten erscheint. Die „Times“ weist besonders auf die Erklärung des Reichsministers hin, daß die Tschecho-Slowakei offensichtlich nicht in der Lage sei, das Leben ihrer Bürger zu schützen, und daß das zu einer Gefahrenquelle für den Frieden Europas geworden sei. Rudolf Heß habe weiter erklärt, daß der Führer in den letzten Wochen Europa vor dem Krieg bewahrt habe, er habe aber gleichzeitig die Mahnung ausgesprochen, daß man Deutschlands Friedensliebe nicht für Schwäche halten dürfe.

Auch die Pariser Morgenpresse gibt die Rede vielfach in ausführlichen Auszügen wieder. Die Pariser Blätter enthalten sich noch einer Stellungnahme und beschränken sich darauf, in ihren Überschriften ihre Ansicht anzudeuten. Die Rede werden stark vermerkt, mit denen Rudolf Heß den Friedenswillen des deutschen Volkes und seines Führers unterstrichen hat. Der Hinweis des Reichsministers, daß der Führer als Frontsoldat den Krieg aus eigener Anschauung kennengelernt hat, was bei anderen führenden ausländischen Staatsmännern nicht immer zutrefte, wird in diesem Zusammenhang ebenfalls verzeichnet. Für die große Sorgfalt, mit der man in Paris die Erklärungen des Stellvertreters des Führers gelesen hat, spricht u. a. die Bemerkung des „Journal“, das erklärt, daß man am Vorabend der Verhandlungen zwischen Dömitz und der Sudetendeutschen Partei jedes Wort des Stellvertreters des Führers genau auf die Waagschale legen müsse.

Tschechische Polizei wütet mit Knüppeln und Säbeln

Anerkennungsteilnahmen in Preßburg und Mährisch-Schönberg

Preßburg, 13. Juni.

In den späten Abendstunden des Sonntags ist es auch in der Preßburger Innenstadt zu schweren Ausschreitungen tschechischer Polizei gekommen. Die Slowakische Volkspartei hatte eine improvisierte Kundgebung veranstaltet, um der Freude der drei nationalen Parteien in der Slowakei, der Karpatendeutschen Partei, der Slowakischen Volkspartei und der Vereinigten ungarischen Parteien über den überwältigenden Wahlsieg Ausdruck zu geben. Der bekannte slowakische Abgeordnete Sidor hielt eine Ansprache, und Volkstlieder in deutscher, ungarischer und slowakischer Sprache wurden gesungen.

Als sich die Volksmassen nach Hause begeben wollten, trafen plötzlich Ueberfallwagen der tschechischen Polizei auf, aus denen die Polizisten heraussprangen und mit Gummiknüppeln und anderen Schlagwerkzeugen auf die Menge losgingen. Es kam zu unerhörten Missetaten. Auch Frauen und Kinder wurden von den entmenschten Tschechen nicht gespart; kam jemand zu Fall, so schlugen diese auch auf die am Boden Liegenden weiter ein.

Vergeßlich bemühten sich der Abgeordnete Sidor und andere Führer der Nationalitätengruppen, dem Wüten der Tschechen Einhalt zu gebieten. Erst später ließen diese von ihren Opfern ab. Nach den Vorfällen traten die in Preßburg weilenden Parteiführer der drei nationalen Parteien zu einer Besprechung zusammen und sandten ein Protesttelegramm an die Prager Regierung, in dem sie gegen das Verhalten der tschechischen Polizei Verwahrung einlegten.

Frauen und Kinder niedergeknüppelt

Der Prager Innenminister hatte auf Antrag des Abgeordneten Künzel in Mährisch-Schönberg einen Umzug der Sudetendeutschen Partei erlaubt. Der Polizeichef jedoch verbot den Umzug. Eine Bereitschaft von 40 Mann Gendarmen und Polizei wurde gegen die sich zum Umzug sammelnden Deutschen eingesetzt. Sie gingen ohne weiteres mit Gummiknüppeln und Säbeln vor. Etwa 28 Personen wurden verletzt. Darunter befanden sich besonders ältere Frauen und Kinder. Eine 75 Jahre alte Frau wurde vom Wechseig getroffen und in roher Weise verprügelt, so daß sie schwere Verletzungen erlitt; unter anderem wurde ihr eine Niere losgeschlagen. Zwei Jungtöchter erlitten schwere Verletzungen am Rücken. Bei einem anderen Verletzten wurden Säbelwunden in der Wangengegend festgestellt. Sechs Personen sind verhaftet worden, darunter der Leiter des Ordnungsdienstes.

Erste englische Warnung

Eine erste Mahnung zur wahren Erkenntnis der Gefahrenherde Europas in der Tschecho-Slowakei und in Spanien stellt der Sonntagartikel des bekannten eng-

lischen Publizisten Garvin im konservativen „Observer“ dar. Garvin weist mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß Prag durch seine verantwortungslose Politik gegenüber den Sudetendeutschen die Welt an den Rand des Chaos führt. Entweder müßten die Tschechen ihr Bündnis mit Prag aufgeben, oder sie müßten den Sudetendeutschen erlauben, sich mit den 75 Millionen ihrer eigenen Rasse im Großdeutschen Reich wieder zu vereinigen. Diese Alternative sei unmissverständlich. Sie bedeute in der Praxis, daß die Sudetendeutschen volle Selbstregierung und Gleichheit haben müßten, oder aber, es gebe keine Hoffnung auf eine friedliche Lösung. London müsse sich klar machen, daß das britische Volk und das britische Empire nicht für eine tschechische Vorherrschaft, wie sie durch die Stämpfer von Versailles geschaffen worden sei, in die Krieg ziehen werden.

Zwei neue Erdstöße in Belgien registriert

Brüssel, 13. Juni.

Das Observatorium in Uccle hat zwei neue Erdstöße registriert. Der erste erfolgte heute morgen um 1.40 Uhr und dauerte etwa sieben Sekunden, während der zweite 11 Minuten später wahrgenommen wurde und nur zwei Sekunden anhielt. Diese Erdstöße waren viel schwächer als die vom Sonnabend und Sonntag. Meldungen über Sachschäden sind nicht eingelaufen.

Ausgleich der Familienlasten wird ausgebaut

Allen Einkommenklassen soll er gewährt werden - Eine Entündigung Staatssekretär Reinhardt

Frankfurt a. M., 13. Juni.

Auf dem Internationalen Kinderschutzkongress, der heute in Frankfurt a. M. begann, sprach als Hauptredner der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt. Er gab einen Überblick über die bereits begonnenen Maßnahmen zum Ausgleich der Familienlasten und führte dabei u. a. aus:

Der Staat muß betreuen, den Eltern die Auskauf und Erziehung der Kinder zu erleichtern. Das geschieht im nationalsozialistischen Deutschland hauptsächlich durch Verwirklichung des Familienhandes bei den Personensteuern und durch Gewährung von Kinderbeihilfen und Ausbildungsbeihilfen an linderreiche Familien. Wir haben mit der Gewährung laufender Kinderbeihilfen im Jahre 1936 begonnen und diese Maßnahme wiederholt ausgebaut. Wir haben bis zum September 1937 laufende Kinderbeihilfen für 800 000 Kinder gewährt. Ab Oktober 1937 war die Zahl der Kinder auf 800 000 erhöht worden. Ab April 1938 gewähren wir Kinderbeihilfen für rund 2,5 Millionen Kinder. Seit April 1938 haben Anspruch auf laufende Kinderbeihilfen alle linderreichen Familien, deren Einkommen im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 8000 RM betragen hat und deren Vermögen

nicht mehr als 50 000 RM beträgt. Die Vermögensgrenze erhöht sich um je 10 000 RM für das sechste und jedes weitere hinzuzählende Kind.

Die Kinderbeihilfen stellen nicht nur eine Fürsorgemaßnahme, nicht Wohlfahrt und nicht Unterstützung, sondern eine volkswirtschaftlich, bevölkerungspolitisch und sozialpolitisch erforderliche Ausgleichsmaßnahme dar. Auf teilweisen Ausgleich der Familienlasten hat der Kinderreiche nach nationalsozialistischer Weltanschauung unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch.

Der Ausgleich der Familienlasten, den wir im nationalsozialistischen Deutschland durch Steuerermäßigungen und durch Gewährung laufender Kinderbeihilfen und von Ausbildungsbeihilfen vornehmen, ist bereits sehr erheblich. Er stellt jedoch noch nicht das Ziel dar, das die den national-

HEUTE BEGINNT

unser neuer Roman